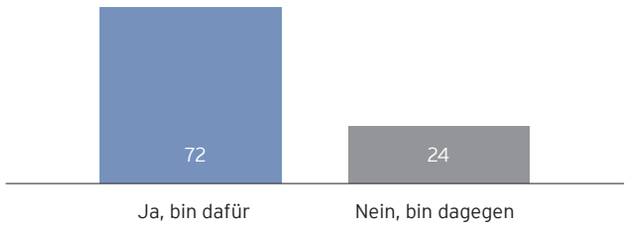
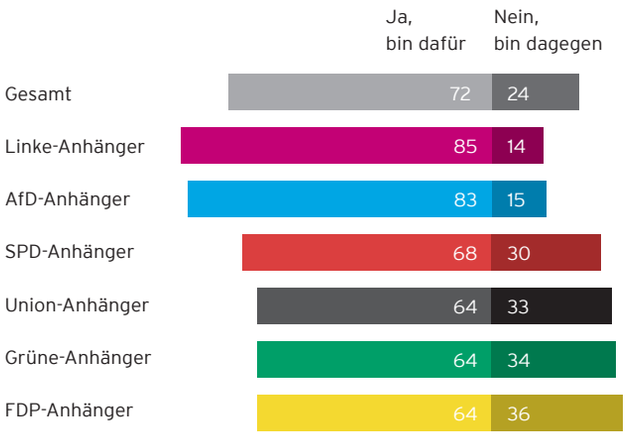
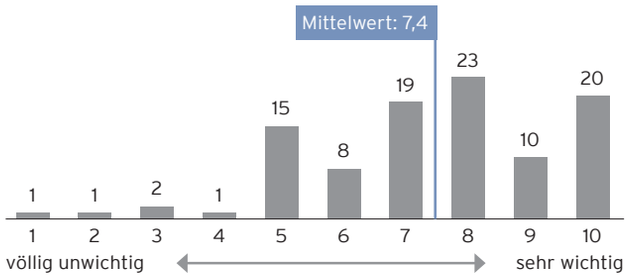
Umfrage: Wie stehen Sie zur Einführung der bundesweiten Volksabstimmung?





„Die Einführung des Rechts auf Volksabstimmung auch auf Bundesebene ist mir …"



Quelle: Repräsentative Umfrage von infratest dimap im Auftrag von OMNIBUS für Direkte Demokratie gGmbH und Mehr Demokratie e.V., April 2017

Mehr Demokratie ist eine überparteiliche Bürgeraktion.
Wir verstehen uns als Bewegung für die direkte Demokratie. Unsere Kernforderung: der bundesweite Volksentscheid! Darüber hinaus engagieren wir uns für ein demokratisches Europa, das von den Bürger/innen und nicht von Eliten getragen wird.

Unser Vorschlag für bundesweite Volksentscheide:

Volksinitiative
100.000 Unterschriften
- Bürgerinnen und Bürger erarbeiten einen Gesetzentwurf
- Lehnt der Bundestag den Entwurf ab, kommt es zum

Volksbegehren
1 Million Unterschriften
- Behandlung des Vorschlags im Bundestag mit Rederecht der Initiative
- Bundestag kann Alternativvorschlag zum Volksentscheid vorlegen

Volksentscheid
Abstimmungsbuch mit Informationen an alle Haushalte

Bundesweite Volksentscheide müssen sich an die gleichen gesetzlichen Regeln halten wie die Gesetzgebung des Bundestages, um Menschenwürde und Minderheitenschutz sicherzustellen. Das dreistufige Verfahren schützt vor Schnellschüssen und sorgt für eine ausführliche Diskussion der Vorschläge.

Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
info@mehr-demokratie.de | mehr-demokratie.de

Spendenkonto
IBAN: DE14 7002 0500 0008 8581 05 | BIC BFSWDE33MUE
Bank für Sozialwirtschaft München

Redaktion: Oliver Wiedmann, Ralf-Uwe Beck. Lektorat und Layout: Neelke Wagner. Gestaltung und Illustrationen: Susanne Appelhanz (www.change-ahoy.de), Titelfoto: Tomizak / pixelio.de

Direkte Demokratie: ein Instrument für alle?

Unterstellt wird, die direkte Demokratie diene nicht allen gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen. Oft beteiligen sich weniger Menschen an Volksentscheiden als bei Wahlen: Einkommensschwache Schichten seien in Volksentscheiden unterrepräsentiert, so dass sich Positionen einkommensstarker Gruppen mit Volksentscheiden eher durchsetzen ließen. Doch was ist dran an diesen Argumenten?

> Bei einer Volksabstimmung geht es um eine einzelne Sachfrage, bei Wahlen hingegen um den grundlegenden Kurs für die nächsten vier Jahre.

Wie viele Menschen beteiligen sich?

Die Beteiligung fällt tatsächlich oft niedriger aus als bei Wahlen, weil es um einzelne Sachfragen geht, die gegebenenfalls nicht für die gesamte Bevölkerung interessant sind. Wahlen hingegen bestimmen den grundlegenden politischen Kurs einer Wahlperiode. Parlamentarische Entscheidungen sind damit zwar grundsätzlich legitimiert. Es sagt aber wenig über die Zustimmung der Menschen zu einzelnen Gesetzgebungsprojekten aus.

Die Legitimation von Volksentscheiden ergibt sich aus der Möglichkeit, direkt entscheiden zu können. Wer dieses Recht nicht wahrnimmt, überlässt jenen die Entscheidung, die sich beteiligen. Positiv auf die Beteiligung wirkt sich aus, wenn Volksentscheide auf Wahltage gelegt werden und möglichst alle Akteure der Zivilgesellschaft mithelfen, eine Abstimmung und die zur Diskussion stehenden Sachverhalte bekannt zu machen.

Vergleich von Wahl- und Abstimmungsbeteiligung

Die punktuelle Beteiligung an Abstimmungen in der Schweiz ist mit durchschnittlich 40 bis 45 Prozent zwar gering, betrachtet man jedoch den Verlauf von zwei Jahren, so nehmen in diesem Zeitraum 70 bis 80 Prozent der Bürger/innen mindestens an einer Abstimmung teil.

BENACHTEILIGUNG PER VOLKSENTSCHEID?

Das Beispiel Hamburg

Die Debatte um die soziale Schieflage wurde durch den Hamburger Volksentscheid ausgelöst, welcher 2010 ein längeres gemeinsames Lernen in Schulen verhinderte. Die schwarz-grüne Reform zielte darauf ab, benachteiligten Schichten bessere Bildungschancen ermöglichen, jedoch war die Beteiligung am Volksentscheid gerade in in den ärmeren Stadtteilen gering.

Das Ergebnis kann nicht der direkten Demokratie angelastet werden. Die Schulreform wurde in nahezu allen Stadtbezirken abgelehnt. Die schwarz-grüne Reform wurde unter hohem Zeitdruck betrieben und die Opposition nicht einbezogen. Ein gesamtgesellschaftlicher Konsens wurde nicht gesucht. Und ausländische Mitbürger/innen, die in hohem Maße von der Reform profitiert hätten, waren nicht stimmberechtigt.

Wer beteiligt sich?

Einkommensschwache und bildungsferne Schichten sind bei allen Beteiligungsformen unterrepräsentiert, bei Volksabstimmungen, aber auch bei Wahlen. Noch weniger repräsentativ ist die Zusammensetzung der Parlamente, welche zum überwiegenden Teil aus Akademiker/innen bestehen. Dies spricht keinesfalls gegen demokratische Instrumente, weder gegen Wahlen noch gegen Abstimmungen. Die Gesellschaft muss dieser sozialen Schere begegnen, aber nicht, indem sie Bürgerrechte beschneidet, sondern indem sie sie ausbaut, leichter zugänglich macht, sie bekannt macht und dafür sorgt, dass Demokratie schon im Kindergarten eingeübt werden kann.

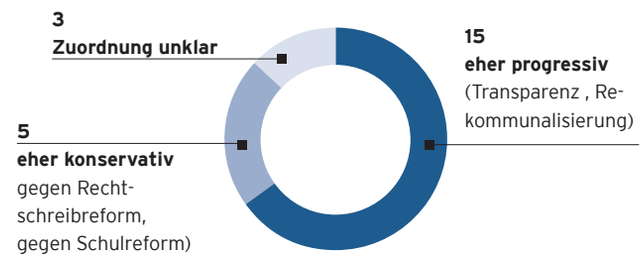
> Man beseitigt politische Schieflagen nicht, indem man Bürgerrechte beschneidet, sondern indem man Mitbestimmung ausbaut und leichter zugänglich macht.

> In Volksentscheiden haben sich bisher eher progressive Themen durchgesetzt.

Wer setzt sich durch?

Aus der Schweiz sind Untersuchungen bekannt, die darauf hindeuten, dass sich in letzter Zeit konservative Initiativen stärker durchsetzen als emanzipatorische Positionen. Dies lässt sich auf Deutschland jedoch nicht übertragen. Es gab bisher nur 23 Volksentscheide und die in nur sieben Bundesländern. Sie ergeben ein ausgewogenes Bild: Volksentscheide gegen den Verkauf der Landeskrankenhäuser, für die Rekommunalisierung der Energienetze oder für die Offenlegung von Privatisierungsverträgen auf der einen und Volksentscheide gegen die Rechtschreibreform, für die Offenhaltung des Flughafens Tempelhof oder für die Gleichstellung des Religions- und Ethikunterrichts auf der anderen Seite. Betrachtet man die Ergebnisse der Volksentscheide, so haben sich bisher sogar eher progressive Themen durchgesetzt.

Progressive und konservative Themen bei Volksentscheiden



Auch der Einfluss des Geldes auf Volksabstimmungen ist anders als in Kalifornien eher gering. In Berlin setzten sich gerade die Volksentscheide mit dem kleinsten Kampagnenbudget durch. Viel wichtiger für den Erfolg eines Volksbegehrens ist das Vertrauen der Bevölkerung in die Initiative. Auch können Transparenzregeln für direktdemokratische Verfahren helfen. die finanziellen Hintergründe einer Initiative aufzudecken.